



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/01/2015
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 04.02.2015
Ort: Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme
Beginn: 16:00 Uhr
Hinweis:

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. . Feststellung der Tagesordnung
2. . Mitteilungen
3. . Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0047/2015
4. . Demokratie leben! Jugend stärken im Quartier
Bericht der Verwaltung
5. . Soziale Stadt Wehringhausen
Bericht der Verwaltung
6. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen
7. . Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen
8. . Erweiterte Öffnungszeiten für Kindertageseinrichtungen
Vorlage: 0004/2015
9. . Neubau einer Kindertageseinrichtung in der Franzstraße 81-85
Vorlage: 1206/2014
10. . Schulsozialarbeit
Vorlage: 0049/2015
11. . Vertrauliche Geburt
12. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. . Feststellung der Tagesordnung

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Herr Reinke die Anwesenden zur ersten Sitzung des Jugendhilfeausschusses im neuen Jahr und nimmt im Folgenden die Verpflichtung von Frau Graubner, Frau Böhmer, Herrn Hässner, Herrn Stechele und Herrn Kreuser vor.

Herr Reinke stellt anschließend fest, dass es bezüglich der Tagesordnung keine Änderungswünsche gibt.

2. . Mitteilungen

Herr Goldbach nimmt Bezug auf eine Anfrage von Frau Witt zum Spielplatz Schmittwinkel in Fley, deren Beantwortung noch nicht erfolgt sei.

Das wolle er heute nachholen.

Es sei tatsächlich so, dass der Ausbau für 2014 vorgesehen gewesen sei.

Es seien allerdings aus verschiedenen Gründen Verzögerungen entstanden.

Aktueller Stand sei, dass die Spielgeräte bestellt seien und auf Abruf zur Verfügung stünden. Mit dem Ausbau des Spielplatzes solle im April begonnen werden. Bei planmäßigem Verlauf solle der Spielplatz zur Sommersaison fertiggestellt sein.

Weiterhin stellt er zu der übersandten Broschüre mit dem Thema „Eigenständige Jugendpolitik“ fest, dass die dort genannten Schwerpunkte, deren Diskussion überwiegend auf Bundesebene stattfindet, in Hagen bereits im Jugendförderplan mit Maßnahmen hinterlegt seien.

Abschließend teilt er mit, dass Herr Goebels in Nachfolge von Herrn Dr. Brauers ab 01.01.2015 die stellvertretende Fachbereichsleitung des Fachbereiches Jugend & Soziales übernommen habe.

Frau Kaufmann informiert über ein Projekt, das jetzt an den Start gehe. Das Theater Lutz entwickle zusammen mit der städtischen Dienststelle „Rat am Ring“ ein Theaterstück mit dem Thema „Elterliche Präsenz“. Am 04. Mai werde in Hagen die Premiere stattfinden, zu der die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ganz besonders herzlich eingeladen seien.



**3. . Benennung der Vertreter der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 0047/2015**

Herr Reinke begrüßt die anwesenden Vertreter des Jugendrates Herrn Palmowski und seinen Vertreter Herrn Hareli.

Er weist darauf hin, dass die Benennung der Vertreter des Jugendrates am 26. Februar noch im Rat der Stadt Hagen nachvollzogen werden muss. In der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses werde man den Tagesordnungspunkt „Anliegen der Jugendräte“ wieder auf der Tagesordnung aufnehmen. Er freue sich auf eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Vertretern der Jugendräte.

Herr Palmowski und Herr Hareli stellen sich abschließend kurz vor.

Beschluss:

Die Benennung der neuen Vertreter/Innen der Hagener Jugendräte im Jugendhilfeausschuss wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**4. . Demokratie leben! Jugend stärken im Quartier
Bericht der Verwaltung**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Keller berichtet über das Projekt „Demokratie leben“ (**siehe Anlage zu TOP 4**).

Herr Goldbach merkt zu dem genannten Eigenanteil in Höhe von 300.000 € an, dass es sich um Personalverrechnungen anderer Anteile handele, die man im Budget ohnehin etatisiert habe. Man habe dort kein zusätzliches Geld, was man einbringen könne.

Frau Köppen fragt nach den geplanten Inhalten.



Herr Koslowski antwortet, dass man bis zum letzten Jahr das Programm „Kompetenzagentur“ durchgeführt habe. Es sei vom Ansatz her eine ähnliche Zielgruppe. Von der Idee her handle es sich um eine Fortführung der Kompetenzagentur.

Frau Kaufmann fragt, ob es am Ende eine Form der Evaluierung gebe.

Frau Keller schildert, in welcher Form eine solche Evaluierung stattfindet.

Herr Söhnchen fragt, wie in diesem Zusammenhang beispielsweise im Stadtteil Eckesey Jugend gestärkt werden könne. Wie könne er sich das vorstellen?

Herr Koslowski und Frau Keller beantworten diese Frage.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen.

Frau Hamann merkt an, dass es in diesen Stadtteilen keine Standorte und Büros gebe. Man erreiche viele Jugendliche durch enorm zahlreiche Maßnahmen der Berufsorientierung und Berufshilfen. Es gebe eine starke Vernetzung mit der Bundesagentur für Arbeit, dem Jobcenter und dem Jugendamt.

Frau Niemann fragt, was an dem Programm neu sei.

Frau Köppen schließt sich mit der Frage an, wie die Förderung im Quartier mit Leben gefüllt werden solle.

Frau Hamann beantwortet die Fragen. Es handle sich um eine Form von Schnittstellenmanagement mit gleichzeitigem Case Management.

Auf die Frage von Herr Söhnchen, wer Hauptansprechpartner sei, wird Frau Keller genannt.

Herr Goldbach weist abschließend darauf hin, dass nur Kommunen antragsberechtigt seien. Man habe das Programm kooperativ entwickelt.

Frau Keller stellt anschließend das Programm „Jugend stärken im Quartier“ vor.

Herr Söhnchen schlägt Herrn Reinke als Vertreter für den Begleitausschuss vor.

Des Weiteren schlägt er vor, dass der Jugendhilfeausschuss noch einmal eine Sachstandsinformation bekäme, nachdem der Begleitausschuss getagt habe und die handelnde Person, die zum 01. März vom Jugendring eingestellt würde, ihre Arbeit aufgenommen habe.

Frau Keller merkt an, dass der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses als Mitglieder des Begleitausschusses gesetzt seien. Den weiteren Vorschlag von Herrn Söhnchen greife man gerne auf.



Herr Reinke macht deutlich, dass der Jugendhilfeausschuss das Programm in den nächsten Jahren begleiten werde.

Frau Keller betont, dass sie für Wünsche und Anregungen aus dem Jugendhilfeausschuss dankbar sei.

5. . Soziale Stadt Wehringhausen Bericht der Verwaltung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erklärt, dass er darum gebeten habe, zu diesem Punkt einen kurzen Bericht zu bekommen, weil der Jugendhilfeausschuss Anfang Dezember einen Ortstermin in Wehringhausen an der Unterführung zum Bodelschwinghplatz gehabt habe. Er hätte gerne eine Rückkopplung, dass dieser Ortstermin stattgefunden habe und wie es insgesamt in diesem Bereich aussehe.

Frau Keller stellt das Programm „Soziale Stadt Wehringhausen“ vor (**siehe Anlage zu TOP 5**) und berichtet über den stattgefundenen Ortstermin.

Frau Cramer bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses das Quartiersmanagement einzuladen, um einen Bericht abzugeben.

Herr Goldbach greift den Vorschlag auf.

6. . Aktueller Stand Kindertageseinrichtungen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Hannusch berichtet über den aktuellen Stand bei den Kindertageseinrichtungen.

Auf die Frage von Frau Cramer, wann der Waldkindergarten an den Start gehe, teilt Herr Hannusch mit, dass dieser am 01. April an den Start gehe.

Frau Cramer möchte wissen, wieviel Kinder dort angemeldet seien und ob die Eltern über die Erweiterung der Klinik informiert seien.

Frau Haack weist darauf hin, dass man sich im Anmeldeverfahren befinde.

Herr Hannusch verspricht, die Information dem Protokoll beizufügen.



Stellungnahme der Verwaltung:

„Ab April 2015 (Eröffnung) werden 2 Kinder unter 3 Jahren und 4 Kinder über 3 Jahren betreut. Ab August 2015 bleibt diese Belegung erst einmal bestehen. Es kann natürlich noch eine Aufstockung auf bis zu 20 Kindern insgesamt erfolgen. Derzeit liegen jedoch keine weiteren Anmeldungen vor.“

7. Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goldbach sagt ein paar einleitende Worte.

Frau Haack beschreibt die Situation bezüglich der Betreuung der Kinder von Flüchtlingen und Zuwanderern in Hagen (**siehe Anlage zu TOP 7**).

Frau Hamann merkt an, dass die Finanzierungsstruktur des KIBiz voraussetze, dass eine Meldung der Plätze bis zum 01. März des Kindergartenjahres erfolgen müsse. Zuwanderung erfolge unterjährig, so dass die Eltern, die bis zu diesem Stichtag nicht angemeldet hätten, keinen Platz bekämen. Die Herausforderung, die man im Bereich der Kindertageseinrichtungen habe, sei die, dass dafür Plätze freigehalten werden müssten. Wer trage denn die Vorhaltekosten? Gebe es da neue Erkenntnisse, wie das zu handhaben sei?

Frau Kaufmann bedauert, sagen zu müssen, dass es im Moment dazu leider keine neuen Erkenntnisse und keine Lösungen gebe. Das sei ein großes Problem.

Herr Goldbach ergänzt, dass man darauf warte, was Ministerin Schäfer angekündigt habe, für die unterjährige Betreuung von Flüchtlingskindern auch Erzieherstellen zu fördern.

Frau Kaufmann berichtet, dass in der vergangenen Woche die zweite Sitzung der Ad-Hoc-Arbeitsgruppe stattgefunden habe, die der deutsche Städtetag in NRW gebildet habe. Das Thema Betreuung sei dort eins der zentralen Themen, die in der Ministerrunde von Seiten des Städtetages genannt würden.

Frau Köppen möchte wissen, ob die Plätze in der Tagespflege mit in die Überlegungen einbezogen seien. Wie verhalte es sich mit der Gesundheitsfürsorge für diese Kinder?

Zum Thema Tagespflege erwidert Herr Goldbach, dass die Frage sei, was Eltern sich wünschten. Die Versorgung mit Kita-Plätzen sei in der Regel das, was nachgefragt würde und Priorität habe. Die Frage der gesundheitlichen Versorgung sei schwierig.



Da gebe es durchaus Versorgungslücken, die innerhalb des Kita- und des Schulsystems nicht auftauchten.

Frau Kaufmann ergänzt, dass dies eins der Themen für die Ministerien sei, die von Seiten der Städte aufgenommen worden sei. Der Jugendhilfeausschuss werde in Kürze über die verschiedenen Themen informiert, die am Runden Tisches bearbeitet würden.

8. . **Erweiterte Öffnungszeiten für Kindertageseinrichtungen** **Vorlage: 0004/2015**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke erinnert daran, dass das Thema, die Öffnungszeiten in Kindertageseinrichtungen auszuweiten, auf Überlegungen in der Verwaltung und einen SPD-Antrag im vorigen Jahr zurückgehe.

Herr Goldbach führt in die Thematik ein.

Herr Reinke bedankt sich bei Herrn Goldbach und Frau Haack für die umfangreiche informative Vorlage.

Herr Söhnchen schließt sich im Namen seiner Fraktion dem Dank an. Seine Fraktion würde sich gern nochmal intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Er würde es daher begrüßen, wenn man die heutige Beratung als erste Lesung betrachten würde und das Thema weiterverfolgt würde.

Frau Kaufmann betont, dass die Verwaltung das letztendlich genauso sähe. Die umfangreiche Arbeit von Frau Haack gebe die Sicherheit, dass man die wesentlichen Bedarfe der Eltern in Hagen treffe. Die Inhalte seien eine wichtige Grundlage für die Verwaltung, zukünftig mit diesem Thema umzugehen. Man müsse natürlich in diesem Zusammenhang auch die enormen Finanzbedarfe sehen, die dadurch ausgelöst würden. Es sei der Verwaltung daher wichtig gewesen, dass die Stellungnahme der Stadtkämmerei der Vorlage beigefügt worden sei.

Herr Reinke stellt fest, dass die Vorlage nur zur Kenntnis genommen würde. Es sei jederzeit möglich, das Thema wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Er fragt Herrn Söhnchen, ob das Thema bereits in der nächsten Sitzung erneut beraten werden solle oder erst dann, wenn der Wunsch von Seiten der Fraktion geäußert würde.

Herr Söhnchen erklärt, er werde zu gegebener Zeit darauf zurückkommen.



Beschluss:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Zur Kenntnis genommen

**9. . Neubau einer Kindertageseinrichtung in der Franzstraße 81-85
Vorlage: 1206/2014**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke teilt zu der Vorlage mit, dass die Bezirksvertretung Eilpe/Dahl das Vorhaben unterstütze.

Herr Sondermeyer erklärt, dass auch er das Vorhaben begrüße. Er möchte wissen, welchen Anteil die Kirche trage.

Herr Goldbach erinnert daran, dass das Planungsvorhaben und Trägerschaft bereits im letzten Jugendhilfeausschuss Thema gewesen seien. Neu sei, dass die Ausbauplanung und Finanzierung jetzt in trockenen Tüchern seien und die Betriebsaufnahme zum 01.01.2016 passiere.

Man habe zu früheren Zeiten das ehrgeizige Ziel gehabt, das zum 01.01.2015 zu verwirklichen und dass die Kirche aus ihrer Trägerschaft aussteige und insoweit einen Mitteleinsatz aus eigenen Kirchsteuermitteln dort nicht mehr eingeplant habe. Nun befinde man sich in der Situation, dass die neue Einrichtung zum 01.01.2016 da sein werde und für einen reibungslosen Übergang die bisherigen Plätze bis dahin zur Verfügung stehen müssten. Aus dem Grunde bliebe der Stadt Hagen nichts anderes übrig, als das Angebot der Kirche anzunehmen und den Eigenanteil zu übernehmen. Dann würde die Kirche den Betrieb für ein weiteres Jahr fortführen. Die Haushaltsmittel dafür seien eingeplant. Es gebe an der Stelle keine Alternative.

Herr Koslowski merkt an, dass ihm bei der Vorlage nicht klar geworden sei, wie das ergänzende Angebot der Tagespflege aussehe.

Herr Hannusch erklärt, dass das für den Notfall vorgesehen worden sei. Nach seinem Kenntnisstand werde das gar nicht in Anspruch genommen.

Herr Reinke stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.



Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Neubau der Kindertageseinrichtung Franzstraße zu.
2. Die Maßnahme wird zum 01.08.2016 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke			1
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 12
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 1

10. . Schulsozialarbeit
Vorlage: 0049/2015

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Reinke weist darauf hin, dass zu der Vorlage eine ergänzende Tischvorlage und ein Antrag der CDU-Fraktion mit einem zusätzlichen Beschlussvorschlag ausgelegt seien.

Auf Bitte von Frau Helling-Plahr erläutert Herr Goldbach die geplante Finanzierung der Schulsozialarbeit.

Herr Söhnchen bittet um Aufklärung, warum an der Kaufmannschule II kein Sozialarbeiter vorgesehen sei.



Frau Keller erläutert die Kriterien, nach denen man die Verteilung der Schulsozialarbeiter vorgenommen habe.

Herr Söhnchen macht seinen Standpunkt deutlich im Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion. Er halte den Passus für nicht erforderlich. Im Übrigen sehe er auch den Bund in der Verantwortung.

Herr Reinke erläutert die Hintergründe für den Antrag seiner Fraktion. Es handele sich um eine reine Landesaufgabe.

Frau Kaufmann berichtet, dass man auch im Verwaltungsvorstand zusammen mit dem Fachbereich über diese Thematik diskutiert habe. Das Problem liege darin, dass man nur befristete Arbeitsverträge anbieten könne. Zudem sei der Arbeitsmarkt abgegrast. Die Schulen wollten langfristige Lösungen. Man müsse sich als Stadt positionieren, wisse aber noch nicht, wie man das machen solle. Es gebe das Bestreben, die Schulsozialarbeit als verlässlichen Partner zur Verfügung zu stellen. Nur das könne Voraussetzung für eine fruchtbare Arbeit in den Schulen sein.

Herr Sondermeyer stimmt der Aussage von Frau Kaufmann in vollem Umfang zu. Er habe es nicht verstanden, dass die bestehenden Strukturen in der Vergangenheit zerschlagen worden seien. Er beantragt die getrennte Abstimmung der Beschlussvorschläge der Vorlage und des Ergänzungsbeschlussvorschlages.

Frau Köppen teilt mit, dass ihr der Zusatz persönlich zusage, da er beinhalte, längerfristige Lösungen zu finden.

Herr Goldbach weist darauf hin, dass es nicht nur eine Landesangelegenheit sei. Das Thema „Bildung und Teilhabe“ stehe immer noch darüber. Die Initiative sei seinerzeit aus dem Bundesrat gekommen. Er beschreibt die bestehende Situation aus Sicht der Jugendamtsleiter in NRW. Die Fragestellung laute nun, was man mit diesem Auftrag mache. Er formuliert einen alternativen Auftrag und begründet seine Vorteile.

Die CDU-Fraktion und die restlichen Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Reinke stellt die Beschlussvorschläge der Vorlage und den geänderten Beschlussvorschlag des CDU-Antrages getrennt zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Die Einrichtung von Schulsozialarbeit in Hagen im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes wird für den Zeitraum der Refinanzierung durch Bundesmittel (derzeit 31.12.2017) beschlossen.



2. Die Landesförderung, die Transferaufwendungen sowie die Personal- und Sachkosten werden für die Haushaltsplanung 2016/ 2017 berücksichtigt.
3. Mit den freien Trägern werden – wie dargestellt – Leistungsvereinbarungen abgeschlossen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

4. Die Verwaltung wird beauftragt, in den entsprechenden Gremien die Förderung für die Schulsozialarbeit über das Jahr 2017 hinaus anzustreben, damit die Stadt Hagen, die Schulen und die Schulsozialarbeiter Planungssicherheit haben.

Abstimmungsergebnis:



	Ja	Nein	Enthaltung
SPD	2		
CDU	3		
Die Linke	1		
in der Jugendhilfe erfahrene Mitglieder	3		
Vertreter Jugend- und Wohlfahrtsverbände	4		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13
 Dagegen: 0
 Enthaltungen: 0

11. . Vertrauliche Geburt

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goebels stellt die Regelungen zur „vertraulichen Geburt“ vor (**siehe Anlage zu TOP 11**).

Herr Reinke merkt an, dass man in der nächsten Sitzung das Thema „Kinderschutz“ mit auf die Tagesordnung nehmen wolle. Da passe das vorgestellte Thema inhaltlich hinein. Er schlage vor, eine intensive Beratung des Punktes dann in der nächsten Sitzung vorzunehmen.

Herr Goebels beantwortet inhaltliche Fragen von Frau Burghardt und Herrn Reinke.



12. . Anfragen nach § 18 der GeschO des Rates

Frau Helling-Plahr stellt eine Frage zu den Elternbeitragsrechnungen für die Kindertagesstätten. Ihr sei mitgeteilt worden, dass die Berechnungen, die dem Bescheid beilägen, handschriftlich gefertigt seien. Sie wüsste gern, ob das den Tatsachen entspreche.

Frau Schärer bestätigt, dass die dem Bescheid beigefügte Berechnung in der Tat handschriftlich gefertigt sei.

Herr Hannusch verspricht, den Sachverhalt zu klären.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.20 Uhr

gez. Detlef Reinke
Vorsitzender

gez. Sabine Hoglebe
Schriftführerin